

## Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Die Deutschen sind angespannt und beginnen sich zu fürchten. Zwei Jahrhundertereignisse fallen für sie zeitlich fast zusammen. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und die beinahe über Nacht zurückgewonnene deutsche Einheit ziehen die ganze Aufmerksamkeit nach Osten. Die letzten Etappen vor dem Stichtag des europäischen Binnenmarktes zwingen zur Aufmerksamkeit nach Westen. Vor einem Jahr konnte im Bericht über die öffentliche Meinung zum Thema EG noch festgestellt werden: "Nicht mehr als ein Fünftel der Deutschen will die Entwicklung in Europa wegen der deutschen Wiedervereinigung verlangsamt sehen"<sup>1</sup>. Das sieht jetzt anders aus. Im Dezember 1991 wünschten sich fast zwei Fünftel, das Tempo möge doch verlangsamt werden (Tab. 1).

*Tabelle 1: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Sollte man jetzt die Entwicklung zur EG, zur Europäischen Vereinigung, verlangsamen, um erst einmal abzuwarten, wie es mit Deutschland weitergeht, oder soll man die Entwicklung zur Europäischen Vereinigung nicht verlangsamen?"

	Westdeutschland			Ostdeutschland
	1989 %	1990 %	1991 %	1991 %
Sollte man verlangsamen	21	26	38	38
Sollte man nicht verlangsamen	58	55	34	32
Unentschieden	21	19	28	30
n =	100 2.038	100 975	100 553	100 511

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5029, 5035, 5059.

Die Aktualität der Europa-Entscheidungen, die in diesen Jahren fallen, ist der Bevölkerung durchaus bewußt geblieben. Man erkennt das an den Ausschlägen des sensiblen Instruments der IN-OUT-Frage<sup>2</sup>. Zwischen März 1988 und Oktober 1990 wurde in der Bundesrepublik fünfmal und im Juni und Oktober 1990 auch in der DDR gefragt, ob 'Europa IN oder OUT' sei. Weit entfernt von den intellektuellen Annahmen, daß Europa überdeckt werde von dem nationalen Ereignis der Wiedervereinigung, zeigte sich hier die Ausstrahlung, die Verstärkung auch auf das Empfinden für Europa. Dem ist jetzt hinzuzufügen: Auch im Dezember 1991 wurde das Gefühl, Europa sei IN, in etwa gleicher Stärke wie 1990 gemessen.

Im eigentümlichen Kontrast dazu steht die grobe Unterschätzung der Bedeutung der europäischen Entwicklung für Deutschland. Im Dezember 1991 wurden 15 Vorgänge, die die Zukunft Deutschlands beeinflussen können, im Interview vorgestellt mit der Frage: "Was davon beeinflußt Ihrer Meinung nach die Zukunft Deutschlands besonders, wovon hängt es vor allem ab, daß Deutschland eine gute Zukunft hat?" Das Voranschreiten der europäischen Einigung setzte die Bevölkerung auf einen der letzten Plätze. Immer wieder fällt auf, wie wenig politische oder andere Lagerbildung es in Deutschland bei europäischen Fragen gibt. Männer und Frauen, alle Altersgruppen, Bildungsgruppen, Menschen aller politischen Richtungen und praktisch gleichmäßig in West- und Ostdeutschland rücken Europa nahezu an das Ende der Faktoren, die sie für einflußreich halten. Hier zeigt sich wieder eine eigentümliche Kurzsichtigkeit, die schon bei einer internationalen Umfrage zum Thema Europa vor vier Jahren beobachtet wurde, und zwar bei der Frage: "Ist die EG eine Art europäische Regierung, die für die Mitglieder verbindliche Entscheidungen treffen kann, oder ist sie nur eine internationale Organisation wie viele andere auch, ohne eigentliche Macht?"<sup>3</sup> Die Deutschen blieben damals weit hinter elf anderen europäischen Ländern zurück in dem Gewicht, das sie der EG als "einer Art europäischer Regierung" gaben (21%, europäischer Durchschnitt 39%). "Eine große Organisation ohne eigentliche Macht" meinten die Deutschen zu 51%, und im europäischen Durchschnitt waren es 39%. Im Herbst 1989 und Juli 1991 wurde die Frage wiederholt: Bemerkenswert langsam begriffen die Deutschen, wie groß das Gewicht der Europäischen Gemeinschaft ist.

Ist es einfach ein Hang zu Provinzialismus in Deutschland, wie Helmut Kohl einmal vermutete<sup>4</sup>? Es gibt viele Belege für die besondere Uninformiertheit der Deutschen in bezug auf die EG. Am Ende der Amtszeit von Bundeskanzler Kohl als Ratspräsident im Sommer 1988 sagten rund 40% der Deutschen, sie hätten von der deutschen Ratspräsidentschaft nichts gehört. Als im Herbst 1991 die Niederländer nach der niederländischen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1991 gefragt wurden, hatten nur 19% nichts davon gehört.

Es ist nicht so, daß die Stimmung der Bevölkerung seit 1991 gegen die Europäische Gemeinschaft ausgeschlagen wäre. Mehrere Indikatoren zeigen übereinstimmend die ambivalenten Empfindungen der Deutschen. Auf die seit 1988 gestellte Frage: "Sehen Sie dem Gemeinsamen Europäischen Markt eher mit Hoffnungen oder eher mit Befürchtungen entgegen?" antworteten im Westen je ein Drittel: "Eher mit Hoffnungen" – "Eher mit Befürchtungen" und "Unentschieden". In den neuen Bundesländern ist der große Enthusiasmus des ersten Jahres nach dem Ende der DDR verfliegen, die Einstellungen haben sich weitgehend denen im Westen angeglichen.

Möglich erscheint, daß die zunehmende zögernde Einstellung der Deutschen zu Europa nicht bemerkt worden ist, weil die Umfragen des Euro-Barometers, nach denen man sich im Allgemeinen orientiert, in der Regel ein viel positiveres Bild geben als die nationalen Umfragen. Auf die eben zitierte Frage nach Hoffnungen und Befürchtungen in bezug auf den gemeinsamen europäischen Markt

wurde zum Beispiel nach dem im Dezember 1991 veröffentlichten Euro-Barometer in Westdeutschland nicht von nur 34%, sondern von 56% mit "Hoffnungen" geantwortet; für die neuen Länder sind nicht nur 37% mit "Hoffnungen" ausgewiesen, sondern im Euro-Barometer 62%<sup>5</sup>.

Eine andere Frage des Euro-Barometers lautete im Herbst 1991: "Hat Deutschland" (beziehungsweise das Land, wo das Interview durchgeführt wird) "durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft Vorteile, oder ist das nicht der Fall?" Die Deutschen antworteten laut Euro-Barometer zu 53%: "Hat Vorteile" bei 30% Gegenstimmen: "Keine Vorteile"<sup>6</sup>. Wenn in Allensbacher Umfragen gefragt wird: "Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der EG eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?", dann lauten die Ergebnisse: "Mehr Vorteile" 23%, "Mehr Nachteile" 24%, "Gleichen sich aus" 40% (Tab. 2).

Tabelle 2: Vorteile durch die EG-Mitgliedschaft Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 bzw. 15 Jahre			
Vergleich: Allensbach und Euro-Barometer			
Allensbach-Umfrage: "Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der EG eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"		Euro-Barometer: "Hat Deutschland durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der EG Vorteile, oder ist das nicht der Fall?"	
	Bevölkerung insgesamt %		Bevölkerung insgesamt %
Mehr Vorteile	23	Hat Vorteile	53
Mehr Nachteile	24	Nicht der Fall	30
Gleicht sich aus	40		
Unentschieden	13	Unentschieden	17
	100		100
n =	2.072	n =	ca. 2.000
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 5050, April/Mai 1991.		Quelle: Euro-Barometer Nr. 36 vom Dezember 1991, S. A9.	

Nach dem Euro-Barometer sind 45% der Deutschen für eine einheitliche europäische Währung in fünf bis sechs Jahren bei 32% Gegenstimmen<sup>7</sup>. Ganz anders ist das Bild nach einer Allensbacher Umfrage im Dezember 1991: "Einmal angenommen, es kommt zu einer Währungsunion aller Staaten in der Europäischen Gemeinschaft – wären Sie dann dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?" Im Dezember 1991 erklärten sich 26% der Deutschen als einverstanden mit einer einheitlichen europäischen Währung, 49% waren dagegen, daß es keine D-Mark mehr geben soll (Tab. 3).

Tabelle 3: Für oder gegen die einheitliche europäische Währung Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 bzw. 15 Jahre			
Vergleich: Allensbach und Euro-Barometer			
Allensbach-Umfrage: "Einmal angenommen, es kommt zu einer Währungsunion aller Staaten in der Europäischen Gemeinschaft: Wären Sie dann dafür oder dagegen, wenn es keine D-Markt mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?"		Euro-Barometer: "Sind Sie dafür oder dagegen, daß es in fünf bis sechs Jahren in der EG eine einzige gemeinsame Währung gibt?"	
	Bevölkerung insgesamt %		Bevölkerung insgesamt %
Dafür	26	Dafür	45
Dagegen	49	Dagegen	32
Egal, weiß nicht	25	Unentschieden	23
n =	100 2.107	n =	100 ca. 2.000
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 5059, Dezember 1991.		Quelle: Euro-Barometer Nr. 36 vom Dezember 1991, S. 16/17, Abb. 2.8.	

Als am 2. Juni 1992 das Abkommen von Maastricht von der dänischen Bevölkerung knapp abgelehnt wurde, war die Überraschung groß. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb am 9. Juni 1992: "Im Aussenden von politischen Signalen ist die Europäische Gemeinschaft ohnehin Weltmeister. Ist sie auch in der Lage, Zeichen aus der eigenen Bevölkerung aufzunehmen?" Wahrscheinlich wäre auch ein Referendum in Deutschland zum gleichen Zeitpunkt negativ wie in Dänemark ausgegangen. Im März 1992 wurde gefragt: "Jetzt gibt es im Bundesrat die Forderung, die Beschlüsse von Maastricht abzulehnen. Sollte man diese Beschlüsse jetzt ablehnen, oder sollte man sie nicht ablehnen?" In fast völliger Übereinstimmung zwischen West- und Ostdeutschland waren 42% der Deutschen für "Ablehnen", 25% sagten: "Nicht ablehnen", 33% blieben unentschieden (Tab. 4).

Es kommen viele Gründe zusammen, die die negative Reaktion auf Maastricht erklären:

- die Sorge um die Stabilität der Währung,
- die Sorge um die nationale Identität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft,
- ein wachsendes deutsches Selbstbewußtsein, das sich in der EG zurückgesetzt fühlt,
- ein seit langem beobachtetes Gefühl der Deutschen, die Europäische Gemeinschaft müsse nach Osten hin offengehalten werden.

Eine Bevölkerung, die zweimal in diesem Jahrhundert die Vernichtung ihres Geldes erlebt hat – und hier überspannt die Erinnerung Generationen – reagiert notwendig besonders empfindlich auf Vorstellungen von Geldentwertung. Nur eine Minderheit von weniger als einem Fünftel der deutschen Bevölkerung glaubt

*Tabelle 4: Mehrheit gegen die Beschlüsse von Maastricht  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Jetzt gibt es im Bundesrat die Forderung, die Beschlüsse von Maastricht abzulehnen. Sollte man diese Beschlüsse jetzt ablehnen, oder sollte man sie nicht ablehnen?"			
	Gesamtdeutschland %	Westdeutschland %	Ostdeutschland %
Sollte man ablehnen	42	42	40
Nicht ablehnen	25	25	24
Unentschieden	33	33	36
	100	100	100
n =	2.121	1.068	1.053

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 5062, März 1992.

zur Zeit, daß sich die zukünftige europäische Währung so stabil halten läßt wie die D-Mark. Aber nicht nur die Bevölkerung bezweifelt das, sondern auch die obersten Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, die dreimal im Jahr vom Allensbacher Institut im Auftrag des Wirtschaftsmagazins CAPITAL befragt werden. Die Frage lautete im Januar 1992: "Eine Frage zu den Beschlüssen von Maastricht: Läßt sich die zukünftige europäische Währung so stabil halten wie die D-Mark, oder glauben Sie das nicht?" Fast 700 Führungskräfte in West- und Ostdeutschland antworten zu fast 70%: "Das glaube ich nicht" bei 26% Gegenstimmen (Tab. 5).

*Tabelle 5: Zweifel an der Stabilität einer europäischen Währung  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung*

FRAGE an die Bevölkerung und an die Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung: "Eine Frage zu den Beschlüssen von Maastricht: Läßt sich die zukünftige europäische Währung so stabil halten wie die D-Mark, oder glauben Sie das nicht?"		
	Bevölkerung insgesamt %	Führungskräfte %
Läßt sich stabil halten	18	26
Glaube ich nicht	62	69
Unentschieden	20	5
	100	100
n =	2.205	683

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 5060 und 3220, Januar 1992.

Um diese Reserve der deutschen Führungsspitze zu überwinden, wäre eine Entscheidung, daß die europäische Zentralbank ihren Standort in Frankfurt am Main haben wird, sicher wirksam. Auf die Frage, die 1991 an die Führungskräfte gerichtet wurde, wo die europäische Zentralbank ihren Standort haben sollte,

erklärten 68%: "in Frankfurt", 9% stimmten für Luxemburg, 7% waren für Brüssel.

Aber jetzt handelt es sich für die Deutschen nicht nur um die ihnen so wichtige Währungsstabilität, sondern es erfaßt sie zunehmend das Gefühl, daß etwas noch Wichtigeres verlorengeht. Wichtig ist ihnen, daß Deutschland auch in dem vereinten Europa erhalten bleibt. Aber gerade daran beginnen sie zunehmend zu zweifeln, und zwar im Westen wie im Osten. Die Frage, zuerst im Februar 1990 gestellt: "Wenn sich die europäischen Länder immer enger zusammenschließen und ein vereintes Europa entsteht, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?" In Westdeutschland ist innerhalb von rund einem Jahr die Zuversicht, auch im vereinten Europa werde das, was Deutschland ist, weiter bestehen bleiben, von 63% auf 50% zurückgegangen, und noch stärker in Ostdeutschland, nämlich von 67% auf 47% (Tab. 6).

*Tabelle 6: Immer mehr neigen zur Ansicht, daß Deutschland im vereinten Europa verlorengeht (Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre)*

FRAGE: "Wenn sich die europäischen Länder immer enger zusammenschließen und ein vereintes Europa entsteht, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?"

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Febr. 1990 %	Okt. 1990 %	Jan. 1992 %	Okt. 1990 %	Jan. 1991 %	Jan. 1992 %
Geht allmählich verloren	26	21	39	16	19	34
Glaube ich nicht	60	63	50	70	67	47
Unentschieden	14	16	11	14	14	19
n =	100 1.125	100 535	100 530	100 517	100 1.088	100 550

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5031, 5041/I, 9005/I, 9010, 5060.

Ein gesteigertes deutsches Selbstbewußtsein in der veränderten Situation der deutschen Einheit entwickelt sich wohl langsamer, als das in der Welt allgemein erwartet wurde. Aber bis Ende 1991 waren die Anzeichen dafür unverkennbar. Dabei beginnen sich die Deutschen auch an einer Situation zu reiben, die Finanzminister Waigel mit den Worten umschrieb: "Wir sind unterrepräsentiert. Das ist nicht Größenwahn. Das ist nicht Wilhelminismus. Das ist die Faktenlage." Die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland findet inzwischen, Deutschland müßte eine stärkere Rolle in Europa übernehmen (Tab. 7).

Der Wunsch der Deutschen, die Europäische Gemeinschaft nach Osten offenzuhalten, nahm – wie Umfragen zeigen – schon zwischen 1979 und 1984 zu<sup>8</sup>. Ganz deutlich tritt er dann bei einer Umfrage des Euro-Barometers von 1989 hervor, und zwar nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den Dänen, Niederländern und Engländern<sup>9</sup>.

Tabelle 7: Wachsendes deutsches Selbstbewußtsein Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre				
FRAGE: "Welche Stellung das vereinte Deutschland in Zukunft in Europa haben soll, darüber unterhalten sich hier zwei. Wem von beiden stimmen Sie eher zu, dem oberen oder dem unteren?" (Vorlage eines Bildblattes)				
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Okt. 1990 %	Dez. 1991 %	Okt. 1990 %	Dez. 1991 %
Dem oberen: "Das vereinte Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Deshalb muß Deutschland auch eine Führungsrolle in Europa übernehmen, sonst werden unsere Interessen im Vereinten Europa zu wenig berücksichtigt."	30	45	28	35
Dem unteren: "Wir sollten uns doch lieber zurückhalten und auf unsere Nachbarn Rücksicht nehmen. Es reicht doch, wenn wir wirtschaftlich stark sind, da brauchen wir doch nicht noch eine politische Führungsrolle zu spielen."	57	40	62	51
Unentschieden	13	15	10	14
n =	1.073	1.093	1.029	1.014
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5041/I, 5059 (West), 9005/I, 5059 (Ost).				

Im Dezember 1991 wurde gefragt: "Wie soll ein vereintes Europa aussehen – sollen nur die Länder Westeuropas dazugehören, oder soll ein vereintes Europa auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder einschließen?" Eine Minderheit von 28% (30% in Westdeutschland, 17% in Ostdeutschland) wollen eine vorwiegend westlich bestimmte Europäische Gemeinschaft, 50% – im Westen 46%, in den neuen Bundesländern 63% – möchten, daß auch Rußland und die osteuropäischen Länder eingeschlossen sein sollten. In diese Stimmung passen die Beschlüsse von Maastricht schlecht hinein (Tab. 8).

Themen wie das Demokratie-Defizit in der Europäischen Gemeinschaft sind von den Umfragen noch kaum bearbeitet. Mit einer starken Bewegung, dem direkt gewählten Europäischen Parlament mehr Einfluß zu verschaffen, kann man bisher nicht rechnen. Auf die – allerdings allzu unbestimmte – Frage: "Wieviel Einfluß sollte das direkt gewählte europäische Parlament haben? Sollte es die Mitgliedsländer nur beraten können, oder sollte es die Politik der Mitgliedsländer in einigen Bereichen bestimmen können oder in allen Bereichen bestimmen können?" sagten ein Drittel der Deutschen vorsichtig: "Nur beraten", sicher auch in dem Wunsch nach Erhaltung eines großen Stücks Souveränität für die eigene Regierung. "In allen Bereichen sollte das europäische Parlament bestimmen" ist

*Tabelle 8: Die EG offenhalten nach Osten  
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Wie soll ein vereintes Europa aussehen – sollen nur die Länder Westeuropas dazugehören, oder soll ein vereintes Europa auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder einschließen?"

	Deutschland insgesamt %	Westdeutschland %	Ostdeutschland %
Länder Westeuropas	28	30	17
Auch Rußland und Osteuropa	50	46	63
Unentschieden	22	24	20
	100	100	100
n =	1.043	540	503

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5059, Dezember 1991.

eine sehr unpopuläre Position, der sich nur ein Zehntel anschließt. Und noch weniger wünschen sich eine zentralistisch organisierte Europäische Gemeinschaft, die ohne Länderregierungen bestimmt (4%). Bei der Frage nach Zentralismus oder Föderalismus entscheiden sich zwei Fünftel für den lockersten nur denkbaren Zusammenschluß und sprechen auch dem Europäischen Parlament jede legislative Gewalt ab (Tab. 9).

Wenn man vergleicht, mit welcher Intensität die Väter der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika die öffentliche Meinung mit den "Federalist Papers" für die Verfassung des Bundesstaates zu gewinnen suchten, fragt man sich, ob 200 Jahre später ein solcher Rückschritt in argumentativer Vorbereitung der Europäischen Gemeinschaft unvermeidlich ist. Das dänische "Nein" zu Maastricht wird überall den Wunsch nach einem Referendum wecken und verstärken.

### Anmerkungen

1 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 268–275, S. 268.

2 Vgl. ebd., S. 270.

3 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Herdegen, Gerhard: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 317.

4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9. 6. 1992, S. 2.

5 Vgl. Euro-Barometer Nr. 36 v. Dezember

1991, S. A 16, Tabelle 21; IfD-Umfrage Nr. 5059.

6 Vgl. Euro-Barometer Nr. 36, S. A 9.

7 Vgl. Euro-Barometer Nr. 36, S. 16/17, Abb. 2.8.

8 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Herdegen, Gerhard: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, S. 315.

9 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Herdegen, Gerhard: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 278.



Tabelle 9: Ein Parlament zur Beratung?

Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wieviel Einfluß sollte das direkt gewählte europäische Parlament haben? Sollte es die Regierungen der Mitgliedsländer nur beraten, oder sollte es die Politik der Mitgliedsländer in einigen Bereichen bestimmen können oder in allen Bereichen bestimmen können?"

	Deutschland insgesamt %	Westdeutschland %	Ostdeutschland %
Sollte nur beraten	34	34	36
In einigen Bereichen bestimmen	42	43	40
In allen Bereichen bestimmen	10	10	9
Unentschieden	14	13	15
	100	100	100
n =	1.064	553	511

## Keine zentralistischen Tendenzen

FRAGE: "Es gibt ja verschiedene Vorschläge, wie ein vereintes Europa gestaltet werden soll. Hier auf dieser Liste sind drei verschiedene Modelle kurz beschrieben. Wenn Sie sich das bitte einmal ansehen? Welches Modell bevorzugen Sie?"

	Deutschland insgesamt %
"Alle Staaten werden im vereinten Europa zusammengefaßt, es gibt eine gemeinsame europäische Regierung, die alles bestimmt. Die einzelnen Länder haben keine Regierung mehr."	4
"Das vereinte Europa ist ein Staat ähnlich wie die Bundesrepublik: alle Länder haben eigene Landesregierungen, und es gibt eine europäische Zentralregierung, die die Politik und die Gesetze bestimmt, die in ganz Europa gelten."	43
"Jedes Land im vereinten Europa hat seine eigene Regierung und seine eigenen Gesetze. Durch Absprachen mit den anderen Regierungen wird versucht, die Bestimmungen in den einzelnen Ländern anzugleichen. Das Europäische Parlament kann keine eigenen Gesetze erlassen."	41
Nichts davon, unentschieden	12
	100
n =	2.107

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 5059, Dezember 1991.